

16.02.2016 – PM 09/2016

Tarifrunde im Bauhauptgewerbe

IG BAU fordert ein Plus von 5,9 Prozent für Bauarbeiter

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat die Tarifforderung für die rund 785 000 Beschäftigten in der Bauwirtschaft beschlossen. Für die Tarifrunde 2016 legte die Bundestarifkommission der IG BAU eine Lohn- und Gehaltsforderung von 5,9 Prozent für zwölf Monate fest. Zudem fordert die IG BAU-Bundestarifkommission, bestehend aus ehrenamtlichen Mitgliedern aller IG BAU-Regionen und der Jugendvertretung Junge BAU, die Erhöhung der Auszubildendenvergütung um monatlich hundert Euro für jedes Ausbildungsjahr sowie einen weiteren Angleichungsschritt der Ost- an die Westlöhne. Gleichzeitig muss die Unterkunftregelung für weit vom Wohnort entfernte Baustellen verbessert werden und die Arbeitstage 24. und 31. Dezember sollen - wie in vielen anderen Branchen auch - bei vollen Bezügen arbeitsfrei sein. Die IG BAU macht sich Sorgen um die Wettbewerbssituation und fordert deshalb auch im Osten einen Mindestlohn II einzuführen, wie es ihn im Westen bereits gibt.

„Die Bauwirtschaft läuft rund. Es besteht kein Grund zur Bescheidenheit“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Die Beschäftigten müssen an der guten Entwicklung fair beteiligt werden. Selbst viele Betriebe spüren am Fachkräftemangel, dass sich der Abstand zu anderen Wirtschaftszweigen inzwischen zu einem Problem für sie entwickelt. Wegen zu weniger Mitarbeiter müssen sie sogar teilweise auf lukrative Aufträge verzichten. Das ändert sich nur, wenn der Bau attraktiver wird.“

In diesem Jahr rechnet die Bauwirtschaft mit einem Umsatzwachstum von drei Prozent. Mit rund 60 Prozent ist der Wohnungsbau die größte Bausparte, die voraussichtlich fünf Prozent zulegen wird. Der öffentliche Bau erwartet ein Wachstum von vier Prozent. „Das Wachstum ist stabil“, sagte Schäfers. „Wir haben gerade in Ballungsgebieten einen enormen Nachholbedarf an bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen. Gleichzeitig müssen

die Verkehrswege saniert und ausgebaut werden. Die gerade erst geplanten Investitionsprogramme der Bundesregierung stützen die Branchenentwicklung über das Jahr hinaus.“ Allein in Bundesfernstraßen will der Bund bis zum Jahr 2019 zusammen rund 25 Milliarden Euro investieren. Für die Bundesverkehrswege insgesamt beträgt das Investitionsvolumen in diesem Zeitraum rund 51 Milliarden Euro.

Gleichzeitig weist die IG BAU auf die stabilisierende Wirkung steigender Einkommen auf die Konjunktur hin. „Nur wer mehr im Portemonnaie hat, kann mehr ausgeben. Bei einer weltwirtschaftlichen Flaute brauchen wir die Nachfrage im Inland als Stabilitätsanker der Wirtschaft“, sagte Schäfers. „Das ist der Grund, warum sich selbst die Bundesbank für höhere Lohnsteigerungen ausspricht und mahnt, die Entwicklung bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. Wir verstehen das als Aufforderung, der wir gerne nachkommen.“

Energisch widerspricht die IG BAU dem Vorstoß der Bauindustrie, Flüchtlinge als Dauerpraktikanten ohne Anspruch auf den tariflichen oder auch nur den gesetzlichen Mindestlohn zu beschäftigen. „Der Ansatz, Geflüchtete möglichst schnell in Deutschland zu integrieren, ist richtig. Aber die Idee der Bauindustrie liegt völlig neben der Spur. Sie läuft darauf hinaus, Menschen in Not gegen hiesige Beschäftigte auszuspielen. Damit gelingt keine Eingliederung in unsere Gesellschaft“, sagte Schäfers. „Jeder Beschäftigte hat Anspruch auf faire Arbeit. Dazu gehört am Bau selbstverständlich der tarifliche Mindestlohn als Untergrenze. Dieser Grundsatz ist nicht verhandelbar.“

Die Tarifverhandlung startet am 15. März 2016 in Berlin.

(3546 Zeichen)